

Der Freie Aargauer

Offizielles Organ der Arbeiterpartei des Kantons Aargau.

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Abonnementspreis:

Jährlich	Fr. 6. —
Halbjährlich	Fr. 3. —
Vierteljährlich	Fr. 1. 50

Expedition, Druck und Verlag der Buchdruckerei des Freien Aargauer, Aarau, Kirchgasse 36.
 Inserate werden in der Druckerei Kirchgasse Nr. 36 entgegengenommen.
 Aarg. Arbeiterpartei: Kantonalvorstand O.-E. Felden. Sekretariat: Baden, Mülhingerstr. 18. Postfachkonto VI. 213

Insertionspreis:
 Die einspaltige Petitzelle oder deren Raum 10 Cts.
 Wiederholungen Rabatt.
 Stellengefuche und Vereinschronik 5 Cts. per Zeile

Von unserm Parteitag.

Sonntag morgens um 9 Uhr versammelten sich die Delegierten der aargauischen Arbeiterpartei im Gasthof zum Bären in Suhr zur Behandlung wichtiger Fragen.

Um 9¼ Uhr eröffnete Kantonalpräsident Otto Suter den Parteitag mit einem kurzen Eröffnungsworte. Es ist das dritte mal, daß ein Parteitag in diesem Jahre abgehalten wird. Wenn wir einen Rückblick werfen auf die Tätigkeit und die Erfolge unserer Partei, so darf man im allgemeinen befriedigt sein. Bei den National- und Ständeratswahlen sind wir geschlossen vorgegangen. Brachten uns die Nationalratswahlen auch kein Mandat im Kanton, so ist das Resultat für uns kein ungünstiges zu nennen, denn unsere Stimmzahl ist stark angewachsen und wir haben neuerdings bewiesen, daß uns eine Vertretung im Nationalrat gehört. Für die Kranken- und Unfallversicherung soll eine energische und einheitliche Propaganda entfaltet werden. Die Reorganisation der kantonalen Partei ist durch die Olten Beschlüsse notwendig geworden. Die bürgerlichen Parteien schließen sich immer enger zusammen und auch für uns ist festerer Zusammenschluß und kräftige Propaganda für unsere Ziele notwendig.

Ramens des Grütlivereins Suhr begrüßte mit kurzen Worten Genosse Wassmer die Delegierten. Gerne hätte derselbe die Tagung ins Schulhaus angelegt. Wegen der Renovation der Kirche findet jedoch der Gottesdienst im Schulhaus statt und so mußte ein anderes Lokal gefunden werden.

Als Stimmzähler wurden gewählt: Hunziker, Wehrli und Surber.

Das vorliegende Geschäftsreglement wird ohne Diskussion angenommen.

Von Genosse Wulfsjohn und zirka 20 Mitunterzeichnern wurde der Ordnungsantrag gestellt, es seien Leute nur die Traktanden 1, 2 und 6 zu erledi-

den den Antrag Wulfsjohn und Konforten und demjenigen des Kantonalvorstandes, nachher könne man dann immer noch beschließen, wie die Reihenfolge der Traktanden sein müsse.

Abstimmung: Mit 37 gegen 33 Stimmen wird der Antrag Wulfsjohn angenommen.

Vertreten sind 33 Organisationen mit 76 Delegierten.

Traktandum 1. Ueber die Preßfrage referiert Genosse Otto Suter. Der Referent beginnt mit einem Rückblick auf das Entstehen und die Entwicklung unseres Parteiorgans, des „Freien Aargauer.“ Nachdem derselbe am 1. Mai 1906 zur Herausgabe gelangte, zeigte es sich bald, daß derselbe, wenn er auch alles tat, was möglich war, den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügen konnte. Raumangel war ein stetes Hemmnis. Auch die dreimalige Herausgabe konnte nicht alle befriedigen und immer und immer wieder erkönte der Ruf nach mehr Lesestoff. In jüngster Zeit auf einmal tauchte ein Projekt auf, das eine befriedigende Lösung in Aussicht stellt. Mitte Oktober wurde von den Verlegern des „Freien Aargauer“ eine Vertrauensmännerversammlung nach Aarau einberufen. An dieser Versammlung wurde das Programm der Fusion zwischen der „Neuen Freien Btg.“ in Olten, dem „Demokrat“ in Luzern und dem „Fr. Aargauer“ entwickelt. Die Frage aber selbst sollte endgültig an einem Parteitag erledigt werden. Später fand dann wieder eine Besprechung in Ober-Entfelden statt. Das gegenwärtige Verhältnis liegt so, daß die Partei finanziell an das Organ gar nichts leistet, sondern nur die sogenannte moralische Unterstützung zusicherte. Das ganze Risiko liegt auf den Schultern der Verleger. Wie es hier heißt haben die Genossen an den Parteitag schon wiederholt hören können. Heute nun handelt es sich um die Gründung einer Preßunion, in deren Hände unser Organ übergehen soll. Das vorliegende Statut ist ein Provisorium, der Parteitag soll heute auch nicht auf die Besandlung desselben ein-

muß, die dafür sorgen muß, daß unsere Partei erstarkt. Referent empfiehlt sofortige Gründung einer Preßunion einmütig mit dem gesamten Parteivorstand. Sofort nachher soll die Finanzierung an die Hand genommen werden. Der Stand der Parteikasse erlaubt eine Beteiligung der Partei an der Preßunion im Minimum von 500 Fr.

Einstimmig wird der Antrag auf Gründung einer kantonalen Preßunion beschlossen.

Eine lebhaft Diskussions entpinnt sich nun über die Art der Beteiligung der Partei an der Preßunion. Die Meinungen gingen hier ziemlich auseinander und es zeigte sich, daß die Genossen sich hie und da mißverstanden. Schließlich gelangte der Antrag Müri zur Annahme, welcher sagt, die kantonale Partei beteiligt sich mit vorläufig 500 Fr. an der gegründeten Preßunion. Der Kantonalvorstand entscheidet darüber, ob diese Summe zur Erwerbung von Aktien zu verwenden sei. Damit ist dieses Traktandum erledigt, die schon längst notwendige Preßunion gegründet und es ist nun zu erwarten, daß die Genossen und Korporationen allerorts rege an der Zeichnung von Anteilscheinen sich beteiligen, ein Risiko ist hierbei vollständig ausgeschlossen. So möge die tägliche Herausgabe des „Freien Aargauer“ vom 1. März an erfolgen, zum Nutzen und Frommen, zum Wachsen und Gedeihen der kantonalen und schweizerischen Partei. Genossen, werbet überall neue Streiter, neue Abonnenten, neue Freunde unserer gerechten und hohen Ziele.

(Fortsetzung folgt.)

Bürgerliche Steuermoral.

(S-Korrespondenz).

Der aargauische Fiskus braucht Geld. Seit Jahren schon hören wir diesen Ruf. Und da nirgends ein reicher Amerika-Ortel in Sicht ist, oder sonst ein patriotisch gesinnter Arösus, der dem aargauischen Staats-

as im Dezember
 1/2 Uhr an den
 Tag geöffnet!
 ne
 ke!!
 esiealbum,
 ster, Feder-
 nnaies etc.,
 s und Lismar,
 big
 en, Kragen,
 ger, Mützen,
 andschuhe,
 Unterröcke,
 ken, Thee-
 cken, Bett-
 in Wolle
 u. Seide.
 erservices,
 l, Bestecke,
 hwaren,

Sie gest. unsere Hausenker!

KBA 30

Kommisse erinnern können, die gerade vor der letzten Steuererhöhungskampagne Anlaß zur Besprechung in der Presse gegeben haben. —

Gegen die Vierteljahrsteuer hat im Frühjahr 1907 unseres Wissens nur der „Freie Aargauer“ geschrieben. Die brave bürgerliche Presse war durch die Bank für die Vorlage. Wenigstens gab sie sich, als ob es ihr ernst damit wäre. Wofür ist man denn sonst ratshaus- und regierungstreu! Daß aber die Leser der Systempresse andern Sinnes waren, bewies die Abstimmung. Die Vierteljahrsteuer wurde mit Glanz verworfen. Auch die Besitzenden steuern nicht gern und niemand ist für eine Steuererhöhung weniger zugänglich als gerade diejenigen, die es am leichtesten zu bezahlen vermöchten.

Man braucht deshalb der Arbeiterschaft den unbemittelten Kreisen der Bevölkerung überhaupt, durch aus keinen Vorwurf zu machen, wenn sie jeder neuen Steuervorlage mit Widerstreben näher treten. Wenn die Reichen dem Staate nicht geben wollen, was des Staates ist, wie sollte denn der Arme besondere Freude zeigen, immer zuerst in den Sack zu greifen und noch die letzten paar Krappen herauszuholen, die er ohnehin schwer entbehren muß.

Bekanntlich macht man bei uns gegenwärtig wieder an einer Staatssteuer-Erhöhung herum. Wir geben gerne zu, daß sie notwendig ist. Umso mehr, als die Erträgnisse für vermehrte Anforderungen zu Armen- und Krankenzwecken dienen sollen. Dagegen können wir absolut nicht verstehen und auch nicht anerkennen, daß immer und immer der arme Teufel zuerst bluten muß. Wenn die neuen Steuern für soziale Aufgaben, für das Armen- und Krankenunterstützungswesen bestimmt sind, so ist das doch gewiß ein Beweis, daß die Verhältnisse dies notwendig machen. Die vermehrte Belastung soll aber gerechterweise nicht zuerst die unbemittelten Klassen treffen, sondern jene, denen die trüben sozialen Verhältnisse zur Last fallen: die Reichen und Wohlhabenden. Dort drücken die Steuern nicht, denn sie gehen nicht vom mühsam verdienten magern Arbeitslöhnchen von einigen Franken per Tag, sondern von der Erträgnissen der Kapitalien, oder aus dem reichen Geschäftsgewinn, den andere zusammengetragen haben.

Allein da haperts gewaltig. Wo die Pflichten der besitzenden Klasse gegenüber dem Staat und dem öffentlichen Wohl anfangen sollten, da hört die Moral ihrer Mitglieder auf, da setzt man sich gewissenlos über die sonst so krankhaft betonte „vaterländische“ Gesinnung hinweg und sucht den Staat zu hintergehen, wo man kann. —

Wie man in bürgerlichen Kreisen über Steuerpflichten denkt, d. h. wie man dort den Fiskus zu betriegen weiß, darüber geben die amtlichen Inventarisierungen gelegentlich wertvolle Fingerzeige. Interessant ist bei uns in der Schweiz auch der geradezu großartige Schwindel, den die Aktiengesellschaften betreiben, indem sie ihr Rechtsdomizil in solchen Kantonen wählen, die entweder gar keine oder nur ganz geringe Steuern von diesen neuzeitlichen Räuberbanden fordern. Viele hunderte Millionen an Aktientkapital werden auf diese Weise der Besteuerung entzogen. mo-

hälfte dessen zu stehen, was der Konsument an barem Geld dafür auszuliegen hat.

Wenn also jemand Ursache hat, gegen die Vermehrung der Steuern Front zu machen, dann sind es die Besitzlosen, die Arbeiter in Industrie und Gewerbe, die Tagelöhner in der Landwirtschaft usw. Nicht aber jene, die aus einem Stall voll Vieh jede Woche ein gewaltiges Stück Geld einzig für Milch- und Milchprodukte einstecken und daneben noch manches andere aus der Landwirtschaft bei sehr respektablen Preisen in Bargeld umwandeln können. Ganz schlecht gewählt hat der Artillerist des „Tagblatt“ vollends das Beispiel, das die hohe Steuerlast eines — Pfarrherrn mit einem Kapitalbesitz von 250,000 Franken dardum und vermutlich einen Appell an das Bedauern der Öffentlichkeit darstellen soll. Mit solchen Steuerzahlern vermögen wir kein Mitleid zu empfinden. Wer ohne einen Finger zu rühren, aus einem Kapital von einer Viertelmillion 8—10,000 Franken Zinsen jährlich einstecken kann, den drückt kein Steuerzettel. Es wird von seinem Ueberfluß, den er nicht selbst verdient oder erspart, sondern höchstens geerbt oder erheiratet hat, einfach ein Teil dahin abgeleitet, wo er billigerweise hingehört: in den Dienst der Allgemeinheit.

Aber solche Beispiele zeigen nur, wie die bürgerliche Steuermoral denkt und wie sie alles mögliche in Bewegung setzt, um den Reichtum vor der gerechten Besteuerung durch Staat und Gemeinde zu sichern, dafür aber den nichts irdisches ihr eigen nennenden Mitmenschen die letzten paar Krappen durch die Steuerhülle abzupressen.

Jesus Christus und die soziale Bewegung,

Vortrag gehalten im Arbeiterverein Safenwil am 17. Dez. 1911

von

Karl Barth, Pfarrer.

Dem Kommen des Reiches Gottes auf Erden steht aber etwas im Wege, sagt Jesus. Sowohl, antwortet die Sozialdemokratie: was im Wege steht, das ist der Kapitalismus. Der Kapitalismus ist das Erwerbssystem, das den Proletarier zum Proletarier, d. h. zum abhängigen und seiner Existenz ewig unsichern Lohnarbeiter macht. Die zum Arbeitsbetrieb erforderlichen Mittel (Betriebskapital, Fabriken, Maschinen, Rohstoffe) sind Privateigentum des einen Mitarbeiters, nämlich des Meisters oder Fabrikanten. Der andere Mitarbeiter, (der „Arbeiter“) besitzt nichts als seine Arbeitskraft, die er gegen ein bestimmtes Entgelt an den Fabrikanten abgibt, während der Reinertrag der gemeinsamen Arbeit ohne weiteres zum Kapital, d. h. aber zum Privateigentum des Besitzers geschlagen wird. Der Sozialismus erklärt: es ist eine Ungerechtigkeit, daß der eine Mitarbeiter für seine Leistungen eben nur so abgefunden wird, während der andere den ganzen eigentlichen Gewinn der gemeinsamen Leistung einstreicht. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der eine ein vornehmer Herr wird, Kapital an Kapital häuft, in einem schönen Hause wohnt und sich alle Genüsse des Lebens gestattet kann, während der andere von der Hand in den Mund leben muß, im besten Fall einige Ersparnisse macht und wenn ihm dies aus irgend einem

nirgends der Fall ist. Jesus ist sozialistischer als die Sozialisten. Sie kennen das Wort: Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr eingehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes eingehe. (Matth. 19, 24). Da haben nun kluge Theologen die Entdeckung gemacht, das Nadelöhr sei eigentlich gar kein Nadelöhr, sondern ein kleines Stadttor, die man in Palästina so genannt habe. Ein Kamel könne sich mit knapper Not durch ein solches Löchlein hindurchdrücken, so könne ein Reicher mit knapper Not ins Reich Gottes gelangen, wenn er sich im Uebrigen gut stelle. So verwässert man die Bibel! Nein, nein, Nadelöhr ist und bleibt Nadelöhr und Jesus wollte fatalerweise wirklich sagen: ein Reicher, ein Besitzender kommt nicht ins Reich Gottes. Sie kennen die Geschichte vom reichen Mann und vom armen Lazarus. Mit keinem Wort ist da gesagt, daß der reiche Mann irgendwelche besondere Schlechtigkeiten begangen habe und dafür nun in die Hölle und in die Qual kam. Nein, sondern das war die Folge des Kontrasts, des klaffenden Widerspruchs in seinem Leben, der darin bestanden hatte, daß er reich war und es gut hatte, Lazarus aber war arm. Jetzt wird er getröstet du aber leidest Qual! (Luc. 16, 19—31). Und erinnert es nicht unwillkürlich an den modernen Kapitalismus, was wir von dem reichen Mann hören (Luc. 12, 16—21), dessen Feld so wohl getragen hatte, daß er keinen Raum mehr hatte, die Früchte aufzuheben und der nun seine Scheunen abbrach, um größere zu bauen. Warum sollte er nicht? Sein Erwerb war doch sein Eigentum! Und wir hören nichts Böses von ihm, als daß er so zufrieden war über seinen Besitz! Und doch fährt das Gleichnis fort: Du Narr, heute Nacht wird man deine Seele von dir fordern, und wem wird dann gehören, was du bereitet hast? Da ist jener reiche Jüngling (Matth. 19, 16—22), der alle Gebote gehalten hat von seiner Jugend an. Dem sagt Jesus: eins ist dir noch übrig, verkauf was du hast und gib es den Armen. Als er aber das hörte, ging er bekümmert davon, denn er war sehr reich. Weiter jener ganze Abschnitt aus der Bergpredigt, der anfängt mit den Worten: sammelt euch nicht Schätze auf Erden! (Matth. 6, 19), wo wir hören, daß dieses Schätze sammeln das innere Licht im Menschen zur Finsternis werden läßt, wo wir vor das große Entweder — Oder gestellt werden: Niemand kann zwei Herren dienen; entweder wird er den einen hassen und den andern lieben oder er wird jenem anhängen und den andern verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon (Matth. 6, 23—24). Man kann nur immer wieder staunen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie leicht es die Christenheit aller Konfessionen und Parteien mit diesen Worten genommen hat, während sie in den dogmatischen Fragen, die im Leben Jesu gar keine Bedeutung hatten, oft so übereifrig streng und genau war. Jesus verpönt den Begriff des Eigentums, daran scheint mir kein Zweifel möglich. Er verpönt gerade jenen Grundsatz: Was mein ist, ist mein! Unsere Stellung zum materiellen Vermögen soll die jenes berühmten Verwalters im Gleichnis (Luc. 16, 1—12) sein: Mache euch Freunde mit dem Mammon der Ungerechtigkeit! Wir sollen ihn nicht besitzen,

Aus den rates vom 22. u.

* Dem Herr Entlassung von Versicherungsamte Dienste auf Ende

* Die Mitgl dieselben von der geschlagen sind, gewählt.

* Das von buch betr. das und kann mit Staatskanzlei bezu

* Der schwe der Verordnung 9. Dezember 1911

* Dem Herr die nachgesuchte Badarmenkommiss Mitglied der Stot Bauer in Rheinfel

* Der von entwurf betr. die zwischen Bil und Großen Rat weite

Aarau. * Ein Programm gelang bis und mit 3. matograph zur solche wohl noch der Film: „Mütter Kinematographie werkes. Die größ des Lobes über d „Bosische Ztg.“

Das neue St der Zuschauer fand Kammerherrn v. S ministerium, des Reichsmarineamts, Prof. Dr. Nagel, treter der Kaiser Cohn, Frau Mini Mendel u. a. — fenden Untertitel: rolte sich in des kurzen Zeitraum ganzen Familie ab

(Inhalt.) Rad rats Pütter, der be wirkliche Volksbefeh noch ganz unter dannen.

Neben dieser M Spielzeit erfordert, diegene Nummern Kinematographen u mann zu empfehl

Wie man in bürgerlichen Kreisen über Steuerpflichten denkt, d. h. wie man dort den Fiskus zu betrügen weiß, darüber geben die amtlichen Inventarisierungen gelegentlich wertvolle Fingerzeige. Interessant ist bei uns in der Schweiz auch der geradezu großartige Schwindel, den die Aktiengesellschaften betreiben, indem sie ihr Rechtsdomizil in solchen Kantonen wählen, die entweder gar keine oder nur ganz geringe Steuern von diesen neuzeitlichen Räuberbanden fordern. Viele hunderte Millionen an Aktienkapital werden auf diese Weise der Besteuerung entzogen, wogegen der Arbeiter mit allen Hunderten gehetzt wird, damit seine paar sauer verdienten Franken dem Steuertribut ja nicht entgehen.

Die Aussicht auf vermehrte Staatssteuern wird in den Kreisen der Unbemittelten schwerlich große Freude erwecken. Man kann das auch gar nicht verlangen, wenn man sieht, wie die Vermöglichen sich mit Händen und Füßen wehren, wenn sie etwas von ihrem Ueberfluß hergeben sollten. Niemand schimpft und jammert lauter über die Steuerlasten als die Herrschaften vom Stamme „Nimm“ und „Stehle.“

Wie die bürgerliche Steuermoral ausschaut, hat man kürzlich in einigen Artikeln des „Arg. Tagbl.“ wieder recht sinnfällig studieren können. Es wird da in allen Tonarten gejammert über die hohen Steuern, selbstredend nicht etwa in Rücksicht auf die unbemittelten Steuerzahler, sondern auf die Halb- und Ganzkapitalisten. An einer Reihe von Beispielen zeigt der Verfasser der betr. Artikel, wie die Steuern mit dem steigenden Einkommen und Besitz in die Höhe gehen.

Es ist ja ganz richtig, daß wir in einer Anzahl Gemeinden des Kantons recht hohe Steuern haben. Aber wer ihren Druck am empfindlichsten spüren muß sind doch ganz gewiß nicht die Reichen und Wohlhabenden, sondern diejenigen, welche überhaupt keine andern Einnahmen haben als ihren Arbeitslohn. Es grenzt schon etwas an Heuchelei, wenn man das öffentliche Mitleid anrufen will, weil z. B. ein Bauer mit zehn Rübren in einer mit hohen Steuern belasteten Gemeinde einige hundert Franken an den Fiskus entrichten muß. Bei den durch die hohen Milchpreise bedingten Einnahmen aus der Milchwirtschaft stellt sich der Bauer heute nicht so schlecht, daß er seine Steuern nicht sollte bezahlen können. Warum will man denn immer und immer wieder die Lage der Bauern als so prekär hinstellen, während der Bauernsekretär zu gleicher Zeit in die Welt hinausspricht und schreibt, es existiere keine Steuer und keine Not? Auf welcher Seite wird da eigentlich gelogen? Man schreibt immer nur von den öffentlichen Pflichten der Besitzenden, niemals von der Belastung des Arbeiters. Und doch ist dieser weit schlimmer daran. Er bezahlt hohe Steuern, hohe Preise für die Lebensmittel und Waren, hohe Preise für seine Mietwohnung usw. Aber das alles nimmt man auf dem Lande für selbstverständlich hin. Man kann sich dort nicht auf den Standpunkt stellen, daß ein Bauer mit zehn Rübren im Staat — auch wenn sie nicht alle völlig bezahlt sind — sich im Verrieh zehnmal besser stellt, als der Arbeiter, der seinen Arbeitslohn als einziges Einkommen hat. Was der Bauer aus der eigenen Wirtschaft im Haushalt verwendet, kommt ihm nicht auf die

Bestern geschlagen wird. Der Sozialismus erklärt: es ist eine Ungerechtigkeit, daß der eine Mitarbeiter für seine Leistungen eben nur so abgefunden wird, während der andere den ganzen eigentlichen Gewinn der gemeinsamen Leistung einstreicht. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der eine ein vornehmer Herr wird, Kapital an Kapital häuft, in einem schönen Hause wohnt und sich alle Genüsse des Lebens gestattet kann, während der andere von der Hand in den Mund leben muß, im besten Fall einige Ersparnisse macht und wenn ihm dies aus irgend einem Grunde nicht möglich ist, ein „armer Teufel“ bleibt, der zuletzt auf die Wohlthätigkeit angewiesen ist. Dieser klaffende Widerspruch, sagt der Sozialismus, ist das tägliche Verbrechen des Kapitalismus. Dieses Erwerbsystem muß darum fallen, vor allem seine Grundsäule: das Privateigentum, nicht das Privateigentum überhaupt, aber das Privateigentum an Produktionsmitteln. Wie die Arbeit kollektiv, gemeinsam ist, so muß auch der Reinertrag der Arbeit ein gemeinsamer werden. Dazu muß aber die schrankenlose Konkurrenz zwischen den einzelnen Produzenten fallen, der Staat, die Gesamtheit muß selbst Produzent werden und darum Eigentümer der Produktionsmittel. Dies in kürzesten Worten der Inhalt der antikapitalistischen Theorie der Sozialdemokratie. Wir könnten natürlich lange suchen, bis wir eine derartige Theorie oder auch nur Andeutungen davon in den Evangelien finden würden. Wir wollen auch gar nicht darnach suchen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist eine moderne Erscheinung und dasselbe gilt von der sozialistischen Gegentheorie. Aber wir haben es in diesen modernen Erscheinungen zu tun mit einem Problem, das so alt ist wie die Menschheit selbst, nämlich mit der Frage des Privateigentums. Wie stellt Jesus sich dazu? Das dürfen wir mit Fug und Recht fragen und von da aus dann auch seine Stellung zu Kapitalismus und Sozialismus der Gegenwart ableiten.

Wir sehen uns zuerst wieder um: Was sagt die christliche Kirche dazu? Und was der Staat, der sich durch Unterhalt einer Landeskirche doch auch in gewissem Sinne als christlicher Staat ausgiebt? Da merken wir, daß beide den Begriff des Privateigentums mit allen möglichen Schranken der Heiligkeit und Unverletzlichkeit umgeben haben. Uns allen ist es mehr oder weniger in Fleisch und Blut übergegangen, daß, was mein ist mein bleiben muß. In unserm Strafrecht genießt das Eigentum weit höhern Schutz als z. B. der gute Ruf oder die Sittlichkeit. Was mein ist, ist mein und niemand darf davon rütteln! — An diesen Satz haben sich die Christen nicht nur gewöhnt, weil es vielleicht vorläufig noch nicht anders ginge, sondern sie tun, als ob er ein göttliches Gesetz wäre und sind in höchstem Verdruss geraten über die Absicht der Sozialdemokratie, das Eigentum zum großen Teil aufzuheben, den Privateigentumskapitalismus in Sozialkapitalismus umzuwandeln.

Das Befremden könnte auf der andern Seite sein. Läßt man nämlich die Worte Jesu sagen, was sie wirklich sagen, ohne sie zu verwehnen und abzumähen, so findet man, daß sie genau diesen Begriff: was mein ist, ist mein in einer Schärfe verurteilen, wie es vielleicht in der ganzen sozialistischen Literatur

Parteien mit diesen Worten genommen hat, während sie in den dogmatischen Fragen, die im Leben Jesu gar keine Bedeutung hatten, oft so übereifrig streng und genau war. Jesus verpönt den Begriff des Eigentums, daran scheint mir kein Zweifel möglich. Er verpönt gerade jenen Grundsatz: Was mein ist, ist mein! Unsere Stellung zum materiellen Vermögen soll die jenes berühmten Verwalters im Gleichnis (Luc. 16, 1—12) sein: Mache euch Freunde mit dem Mammon der Ungerechtigkeit! Wir sollen ihn nicht besitzen, sondern wir sollen damit „treu sein“. Und dieses „treu sein“ bedeutet an jener Stelle ganz deutlich: wir sollen die andern zu Miteigentümern machen. Als Privateigentum ist und bleibt es eben Mammon der Ungerechtigkeit. Daß das Jesu Meinung war, erhellt schließlich wieder am deutlichsten aus der Stellung, die er selbst praktisch einnahm und die er auch seinen Jüngern anbefohlen hat. Da war einer, der sich freudig bereit erklärte, ihm nachzufolgen, wo er auch hingehet. Jesus antwortete ihm: Die Füchse haben Gruben und die Vögel des Himmels Nester, aber des Menschen Sohn hat nicht, da er sein Haupt hinlegt! (Luc. 9, 57—58). Ja, die Abstreifung allen Privatmensens geht noch weiter. Seine Mutter und seine Brüder lassen ihn rufen, wie er eben unter der Menge sitzt. Aber er kennt auch keine Familienbande mehr, die etwas persönliches, privates an sich hätten: Wer ist meine Mutter und meine Brüder? Und er sah um sich auf die, welche rings um ihn her saßen und sagte: Siehe meine Mutter, meine Brüder! Gerade so soll es für die Jünger gelten: Schaffet euch kein Geld, noch Silber, noch Münzen an in eure Gürtel, keine Tasche auf den Weg, keine zwei Röcke noch Schuhe, noch Stod! Wollen wir uns etwa auch wieder ausreden, solche Worte hätten bloß denen geizten, die als Missionare der ersten Zeit das Evangelium verkünden mußten oder spüren wir in ihnen den Herzschlag dieses Evangeliums selbst? Es sagt uns: ihr sollt frei werden von allem was mit „Ich“ und „Mein“ anfängt, absolut frei, um frei zu sein für die soziale Hilfe. Gehn die beiden zusammen: Jesus und der Kapitalismus, das System des schrankenlos wachsenden Privateigentums? Der bereits genannte Joseph Diezgen, seinen Worten nach ein entschlossener Verächter Jesu und des Christentums, sagt einmal: „Die wahre Erbsünde, an der das Menschengeschlecht bisher leidet, ist die Selbstsucht. Moses und die Propheten, alle Gesetzgeber und Moralprediger zusammen haben nicht vermocht, davon zu befreien, ... Keine schöne Redensart, keine Theorie und Säkung konnte sie ausmerzen, weil die Konstitution der ganzen Gesellschaft an diesem Nagel hängt. Die bürgerliche Gesellschaft ruht auf dem selbstsüchtigen Unterschiede von Mein und Dein, ruht auf dem sozialen Krieg, auf der Konkurrenz, auf der Ueberkämpfung und Ausbeutung des Einen durch den Andern.“ Dieser Verächter Jesu hat Jesus recht verstanden. Jesu Meinung über das Eigentum lautet: Eigentum ist Sünde, denn Eigentum ist Selbstsucht. Was mein ist, ist durchaus nicht mein!

* * * Fortsetzung folgt.

(Inhalt: rats Rüter, wärlliche Vol noch ganz dannen.

Neben d Spielzeit erfdiegene Num Kinematograf mann zu em

Brugg. sammlung, fierte Arbeit lung beschloß gang zu nehr kommission f zuschlagen, d bezingt eine welche aus und Gewerks der Ansicht tieren und wenn andere für die Arbe

Wettinge lekten Donn des schlechter Dez. wird tionale Gef schichten von ung wichtige wer rastet de

Dfringe hausbaufrage meiden, so mehr der S dies aber rterung der deren Vertra

Uhren Goldwaren
Reparaturen billigs!